EXTRABLATT

C 21246 E

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN



Zentralorgan der KPD / Marxisten-Leninisten

EXTRABLATT September 1973

Trotz Polizeiknüppel Streikwelle rollt !

Mit brutaler Gewalt wurde der Streik der Kölner Fordarbeiter vorerst beendet: Polizeieinheiten weit über 1 000 Mann waren im Einsatz, prügelten gemeinsam mit Zivilspitzeln, Werkschutz und Schlägerbanden der NPD die Streikfront nieder. Die Streikleitung wurde festgenommen. Arbeitsdirektor Bergmann, der den Polizeieinsatz gefordert hatte, drohte der Streikleitung: "Eine Schadenersatzklage ist nicht auszuschliessen", und: "Für die beteiligten Ausländer ist eine Ausweisung durchaus drin."

Die Schlagzeile in Springers Gangsterblatt "Bild" hiess am Freitag: "Deutsche Arbeiter kämpfen ihr Werk frei!" Das ist unverschämte Lüge. Und die Springer-Reporter wissen das auch ganz genau: Sie selbst waren ja dabei und konnten sehen, was sich da abgespielt hat.

Am Donnerstag um 9.30 formierten sich 2.000-3.000 Kollegen zu einem grossen Demonstrationszug. Überwiegend waren es ausländische Arbeiter, die während des gesamten Streiks beispielhaft dennKampf gegen die Geschäftsleitung geführt hatten. Aber auch deutsche Kollegen marschierten in dem Zug mit. Vorweg trugen sie ein grosses rotes Transparent: Streik– 1 DM mehr für alle!

Während der Zug zum Teil in die Halle G marschierte, wurde vor dem Tor 3, an dem sie Streikenden immer ihre Kundgebungen abhielten, eine "Gegendemonstration" gebildet.

Vor allem geht es um die Wiedereinstellung der 300 entlassenen Kollegen, wodurch der Streik ausgelöst wurde, und um die Herausetzung der mörderischen Bandgeschwindigkeiten.



Faschistische Schlägertrupps gegen streikende Arbeiter

Waren das nun die deutschen Arbeiter, wie "Bild" sagt? Vorweg an dieser "Gegendemonstration" marschierten Werkschutz, Zivilbeamte im Blaumann getarnt, sowie Schlägerbanden von der faschistischen NPD, die von ausserhalb hinzugezogen waren. Dann folgten Meister unu auch einige deutsche Arbeiter – Streikbrecher. Angeführt wurde der Zug von "Kollegen" der politischen Polizei im Kittel getarnt. Er trug ein Schild mit der Aufschrift: "Wir wollen arbeiten!" Werkschutz und Meister riefen: Wir wollen Polizeischutz! Dabei marschierten sie durchs Tor auf den Demonstrationszug der Streikenden zu und begannen eine wilde Schlägerei. Dies war für die Polizeitrupps der Vorwand, um "Ordnung zu schaffen."

Aber nicht, dass sie den Schlägertrupps das Handwerk legten! In Greiftrupps zu je 9 Mann stürmten die Polizisten in den Demonstrationszug der Streikenden, um die Kollegen, die während des Streiks besonders aktiv und kämpferisch waren, einzeln herauszugreifen und fertig zu machen. Die Kollegen der Streikführung wurden einzeln herausgegriffen und festgenommen. Während Polizisten sie festhielten schlugen Werkschutz und andere dunkle Gestalten auf die Streikführer ein. Hinterher heisst das Schutzhaft.

Nein! Das waren nicht die deutschen Arbeiter, die gegen den Demonstrationszug der Streikenden vorgingen, das war dunkles Gesindel, von der Geschäftsleitung gekauft. Selbst die wenigen Streikbrecher, die sich der "Gegendemonstration" angeschlossen hatten, traten erschrocken zur Seite, als sie sahen, was diese Demonstration bezweckte.

Die Streikleitung wurde schliesslich abgeführt. 11 Kollegen waren als sogenannte "Rädelsführer" verhaftet. Darunter 7 türkische und 4 deutsche Arbeiter. Damit war das Ziel der Polizeiaktion erreicht: Den Streikenden sollte die Führung genommen werden, um so den Widerstand zu brechen. Noch einmal aber formierten sich die Streikenden zu einem Protestzug. Aber wieder greift die Polizei ein und prügelte die Demonstration auseinander.

Der Streikwille ist nicht gebrochen

Nachdem die Streikbewegung bei Ford so der Führung beraubt war, und die Streikenden über das ganze Gelände von der Polizei verstreut wurden, begann die Mittagsschicht dann insgesamt wieder an zu arbeiten. Doch immer noch war grosse Bereitschaft zum Streik da. Bei der Arbeit zeigten die Kollegen ihren Unmut: Es wurde langsam gearbeitet, es gab einzelne Unterbrechungen usw. Was fehlte, war die Leitung, die den Streik weiterhin organisiert hätte.

Angefangen hatte die Bewegung bereits im Februar bei Hoesch in Dortmund. Es folgten Mannesmann, und Krupp im Juni. Dann ging es Schlag auf Schlag: Klöckner und Vulkan in Bremen, AEG Hannover, Lippstadt, Pierburg Neuß, Opel, Ford, Rheinstahl und und und... Die Streikwelle, die in NRW angefangen hatte, erreicht inzwischen Schleswig-Holstein und Westberlin. Hunderttausende haben in diesem Jahr bereits im Streik gestanden.

Die Streikwelle, die inzwischen eine Breite wie die Septemberstreiks 69 erreicht hat, lassen den Herren vom Kapital, der Regierung und der Gewerkschaftsführung ganz schön die Muffe gehen.

Aus Furcht vor Aktionen haben die VW-Chefs bereits mit der IG-Metall einen Zuschlag von 280 DM abgemacht. Frage wird allerdings sein, ob die 123 000 Arbeiter und Angestellten von VW dies akzeptieren werden.

Und die Herren der Finanz zittern zurecht. Ließen sich 1969 noch viele Kollegen von den Versprechungen der SPD-Regierung täuschen, so sehen heute viele klar, daß das Gerede der SPD-Regierung von Stabilität im eigenen Land und Friedenspolitik nach außen ein einziges Lügengebäude ist. Die Polizeiknüppel in den Betrieben haben Schlag für Schlag gezeigt, auf wessen Seite die Regierung und dieser Staat stehen. Das Friedensgeschwätz der Regierung und ihre ungeheuren Rüstungsausgaben, die aus den Taschen der Arbeiterklasse finanziert werden, widersprechen sich zu offensichtlich.

In den Betrieben wird heute die Frage wieder schärfer gestellt: Wie ist der Ausweg für uns Arbeiter? Im Unterschied zu 1969 haben die Marxisten-Leninisten heute in den Betrieben mehr Vertrauen gewonnen. Statt Verrätern von der D'K'P werden wirkliche Kommunisten in die Streikleitung gewählt. Das ist es, was die Bourgeoisie in den Zeitungen so geifern läßt: die Angst, daß die Arbeiterklasse und ihre Partei, die KPD/ML, sich immer enger zusammenschließen im Kampf gegen den westdeutschen Imperialismus.



Streik! 1 DM mehr für alle!

Der Streik der Arbeiter bei Ford ist mit brutaler Gewalt von der Bourgeoisie niedergeschlagen worden. Wie auch die Streiks in Lippstadt und in Neuss bei Pierburg es zeigten: **Wenn es den einzelnen Kapitalisten nicht gelingt, die Arbeiter still zu halten, wenn Gewerkschaftsführung und die Scheinkommunisten von der D'K'P mit ihrer Abwiegelei bei den Kollegen keinen Erfolg haben, dann wird die Staatsgewalt eingesetzt.**

Der ganzen Streikbewegung sollte durch den Einsatz bei Ford klargemacht werden, dass Kapital, Regierung und Gewerkschaftsführung bereit sind, alle Register zu ziehen, um zu zeigen, wer Herr im Haus ist.

Gerade der Streik bei Ford hatte für die gesamte Arbeiterklasse grosse Bedeutung. Die Entschlossenheit der kämpfenden Kollegen war für viele ein Beispiel. Nachdem bei Opel und Ford gestraikt wurde, begannen viele kleine und grössere Betriebe ebenfalls den Streik, deshalb sollte die Streikfront bei Ford auch als Beispiel für alle zerschlagen werden. Alle sollten wissen: So wird es auch euch ergehen, wenn ihr euch unserem Lohndiktat nicht beugt!

Brandt als Nothelfer

An einem gewissen Punkt des Streiks, als klar wurde, dass es ohne sie nicht gehen würde, schaltete sich die Regierung in das Streikgeschehen ein. Bundeskanzler Brandt verhandelte anlässlich der Frankfurter Messe mit Unternehmern und DGB-Führern und gab jedesmal seine, d.h. der Regierung Meinung von sich. Damit hatte die Regierung lange gezögert, denn sie wollte sich nicht offen als Vertretung der westdeutschen Imperialisten entlarven. Vor der Offentlichkeit wollte sie erst einmal als neutrale Seite erscheinen, die sich nicht "zu früh oder gar überstürzt in eine Mittlerrolle hineinschieben liess." Deshalb überliess sie die Bereinigung der Streiksituation den 'Tarifpartnern', Kapitalisten und DGB-Führern. **Erst, als sich die Machtlosigkeit dieser beiden Tarifkomplizen angesichts der immer mehr und schärfer um sich greifenden Streikkämpfe zeigte, als auch die gewaltsame 'Bereinigung' der Streiks in den einzelnen Betrieben – Hella, Pierburg usw. – durch Polizei und Spitzel und die Machenschaften der DGB- und D'K'P-Führung das Ausbrechen weiterer Streiks auch in Grossbetrieben nicht verhindern konnte, schaltete sich der Kanzler ein und beschwor die "Wahrung der Tarifautonomie".** Mit diesem Wort bezeichnete er das Recht der beiden Tarifkomplizen, Kapital und DGB-Führung, unter dem Schutz des Dritten, des Staates, über die Belange der Arbeiterklasse zu bestimmen. **Damit meinte er nicht, dass die Arbeiterklasse selbst ihr Recht vertreten durfte, wie sie das durch die Streiks tat.** Er stärkte der DGB-Führung den Rücken, womit er dem Dreibund Kapital-Staat-DGB-Führung den Rücken stärkte, mit dessen Hilfe er die Stabilitätspolitik der Regierung durchsetzen will. Von dieser Stabilitätspolitik sagte er offen, dass sie **"hier und da schmerzhaft sein mag"**, und dass sie es für die Arbeiterklasse wirklich ist, bewei-

sen die immer heftiger werdenden Streikkämpfe gegen Lohnraub, Teuerung und, damit verbunden, politische Unterdrückung.

Die Rede Brandts im Fernsehen, wie auch seine sonstigen Ausführungen im trauten Kreis von Unternehmern und DGB-Führern, richtete sich gegen die Arbeiterklasse und diente der Durchsetzung eines 'Stabilitätsprogramms', dessen Kosten insgesamt auf die Arbeiterklasse abgewälzt werden sollen.

Dieses Programm erklärt zu seinem Ziel, die Inflation, den ständigen Preisauftrieb und Geldwertverfall im Inland, zu dämpfen. Mit einem solchen Ziel fällt es leicht, Leute für sich zu gewinnen, denn die Inflation trifft die Arbeiterklasse und die übrigen Werktätigen am härtesten. Was aber verbirgt sich in Wirklichkeit hinter dem 'Stabilitätsprogramm'?

Inflation - ein Mittel für imperialistische Raubzüge

Die Inflation hat ihre Ursache darin, dass der Geldumlauf im Inland aufgebläht ist und ihm nicht genügend Waren gegenüber stehen. Die Nachfrage ist deshalb gross und die Kapitalisten können ihre Preise unverschämt erhöhen. **In Zeiten der Inflation sind ihre Gewinnspannen besonders hoch. Diese Gewinnschinderei im Verkauf ergänzen sie durch Gewinnschinderei in der Produktion, durch masslose Arbeitshetze, wie z.B. die Höherstellung der Bandgeschwindigkeiten bei Ford/Köln, und durch die sogenannte Rationalisierung, die Entlassung von Arbeitern, wiederum wie bei Ford, und die Verteilung der Arbeiten auf die verbliebenen Kollegen.**

Das so zusammengeraffte Kapital verwenden die Kapitalisten aber nicht für Investitionen im Inland, wo die Errichtung neuer Produktionsstätten die Produktion von Waren ausweiten und das Missverhältnis von Geldumlauf zu Waren in gewissen Grenzen korrigieren würde, sondern sie exportieren das Kapital ins Ausland, wo der Wert der Mark nicht sinkt, wie im Inland, sondern ständig steigt. **Dort machen sie nicht nur noch einmal ihren Schnitt, sondern dringen massiv in fremde Länder ein (Asien, Lateinamerika) und festigen dort ihren imperialistischen Einfluss, der weiteren Kapitalexport nach sich zieht.** Das zum Finanzkapital zusammengeschlossene Bank- und Produktionskapital finanziert mit der Inflation seine Expansion in Länder der Dritten Welt und unterentwickelte Länder Europas, wie Spanien, Italien, Portugal, Griechenland usw.

Diese räuberische Politik des imperialistischen Kapitalexports erfordert ein hohes Mass an Rüstung, um die Interessen der westdeutschen Imperialisten immer und überall gegebenenfalls auch militärisch schützen zu können. Deshalb wird die Rüstungsproduktion sowohl für den eigenen Gebrauch als auch für Lieferungen an befreundete Regierungscliquen in den vom westdeutschen Kapitalexport betroffenen Ländern aufgebläht. Es werden 'Waren' hergestellt, die dem aufgeblähten Geldumlauf nicht entgegenstehen, was die Inflation beschleunigt und die Preise weiter steigen lässt. **Auf diese Weise wird das Volk ausgeplündert und muss die Zeche für die imperialistische Expansionspolitik des westdeutschen Finanzkapitals bezahlen.**

Es ist die feste Absicht des westdeutschen Imperialismus, unter Ausnutzung der Chancen, die ihm das Komplott der Supermächte USA und Sowjetunion geben, seine Einflussgebiete in aller Welt zu konsolidieren und zu erweitern und seinen Aufstieg zur Weltmacht zu betreiben. **Die Inflation ist kein Ausrutscher oder Fehler im wirtschaftlichen System des westdeutschen Imperialismus, sondern ein Mittel zur Verstärkung der imperialistischen Expansion und der imperialistischen Durchdringung der vom Kapitalexport betroffenen Länder.** Es geht der Regierung des westdeutschen Imperialismus nicht um die Beseitigung der Inflation, sondern darum, sie in den vom westdeutschen Imperialismus gewünschten Grenzen zu halten, nach dem Motto "soviel Inflation wie möglich, so wenig Bremsung des Preisauftriebs wie unbedingt nötig", damit gefährlicher Widerstand in der westdeutschen Arbeiterklasse aufgefangen werden kann.

Furcht der Imperialisten vor der Arbeiterklasse

Die anarchische Struktur der kapitalistischen Wirtschaft lässt aber eine solche Handhabung und Beherrschung der Inflation gar nicht zu und wenn die Preise zu hoch ausschlagen, führt das dazu, dass die Ausgeplünderten sich wehren. Deshalb rüsteten sich die westdeutschen Imperialisten gegen den zu erwartenden Widerstand. Zum einen verstärkten sie den Ausbau der staatlichen Machtmittel, wie Ausbildung der Bundeswehr und des Grenzschutzes zu Bürgerkriegsheeren, verstärkten Ausbau und 'Modernisierung' der Polizei, allein in Nordrhein-Westfalen für 17,4 Millionen Mark, und der Erlass der Notstandsgesetze und des Ausländergesetzes zur politischen Unterdrückung des Widerstands. **Diese Vorbereitungen richten sich nicht in erster Linie gegen 'Chaoten', dazu ist ihr Aufwand zu gross, sondern gegen die gesamte Arbeiterklasse und ihre Partei, die KPD/ML, die den Widerstand gegen die imperialistische Ausplünderung organisiert.** Zum anderen bereiten sie den Kampf gegen die Arbeiterklasse ideologisch vor, z.B. durch die Propaganda für die Wahrung der 'Tarifautonomie', unter der die Tarifkomplizen Kapital und DGB-Führung über die Belange der Arbeiterklasse bestimmen, die Abwiegelung der Kämpfe, indem sie in 'geordnete', Kapital und Staat nicht schädigende Bahnen gelenkt werden, oder die heuchlerische Herausstellung der Preisdämpfung und des Preisstopps, die Verlagerung des Kampfes an der Preisfront durch solche untaugliche Mittel wie Preisboykott, womit in Wirklichkeit Kaufboykott gemeint ist, nach dem Motto "Willst du billiges Fleisch haben, dann iss erst einmal gar keines". All das ist auf die Abwiegelung und Irreführung des Kampfes gerichtet.

Dabei spielen die modernen Revisionisten der D'K'P eine besondere Rolle. **Einerseits geben sie sich als Kommunisten und 'Radikale' aus, andererseits sind es gerade sie, die den verräterischen Weg des Dreibund-Partners DGB-Führung propagieren, zur 'Vernunft' aufrufen, den gekauften Betriebsräten "den Rücken stärken", Gewaltlosigkeit und Verzicht auf eine eigene Streikleitung bei Streiks predigen und den Kampf von seiner konsequenten Linie abzubringen versuchen.** Dieser Verrat der modernen Revisionisten der D'K'P ist deshalb besonders schändlich.

Bestellschein

HIERMIT BESTELLE ICH:

PROBENUMMER ☐

DEN ROTEN MORGEN AB NUMMER ....

Bestellungen an: 87 Würzburg, Postfach 612

ROTER MORGEN

Der ROTE MORGEN erscheint wöchentlich und kostet pro Jahr (52 Ausgaben) einschliesslich Porto DM 25,–. Dieser Betrag ist im Voraus auf das Postscheckkonto Essen Nr. 464 20 – 435 (G. Schubert) zu zahlen. Das Abonnement kann jederzeit gekündigt werden. Abonnements verlängern sich automatisch, wenn sie nicht einen Monat vor Ablauf der Frist gekündigt werden. Ausgenommen davon sind Geschenkabonnements.

NAME, VORNAME ....

BERUF ....

POSTLEITZAHL, ORT ....

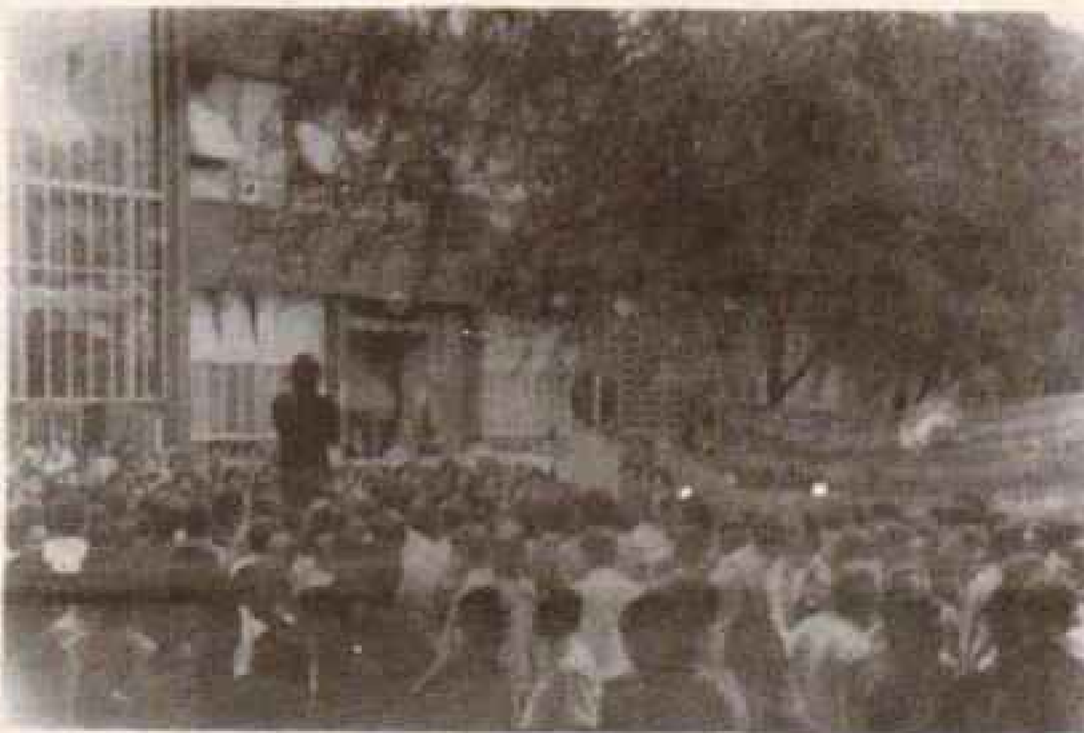
STRASSE ....

DATUM ....

UNTERSCHRIFT ....

Gegen die Ausplünderung - eine starke Streikfront!

Gegen die Inflation und den daraus erwachsenden Macht- und Profitzuwachs des westdeutschen Imperialismus gibt es kein Kampfmittel an der Preisfront mit den läppischen Aktionen, die dort hochgespielt werden. Eines der möglichen Mittel liegt an der Lohnfront: der Streik. Zu diesem Mittel hat die Arbeiterklasse in Westdeutschland in zunehmendem Masse gegriffen. **Ihre machtvollen Streiks gegen Lohnraub und Teuerung, gegen die Machenschaften des Dreibunds Kapital-Staat-DGB-Führung, richteten sich zugleich gegen den Kapitalexport, gegen die Expansion der westdeutschen Imperialisten in aller Welt. Darauf beruht die politische Bedeutung der Streiks, die die Regierung zum Eingreifen zwang, durch die Reden des Kanzlers und durch die Gummiknüppel der Polizei.**



Streikversammlung bei Ford

Klasse gegen Klasse

Die letzten Streiks, besonders der bei Ford, haben deutlich gezeigt: **Der Kampf muss Klasse gegen Klasse geführt werden. Die Kapitalisten weichen keinen Schritt zurück, wenn sie nicht mit Gewalt dazu gezwungen werden. Regierung, Polizei und Armee, die Träger des Staates, setzen gewaltsam die Interessen der Kapitalisten durch.** Dabei haben sie die gesamte bürgerliche Presse, Rundfunk und Fernsehen auf ihrer Seite, die mit Lüge, Verleumdung und Betrug die Arbeiterklasse spalten und vom Kampf abhalten sollen. Und die Gewerkschaftsführer, die sich aus unseren Gewerkschaftsbeiträgen riesige Unternehmen aufgebaut haben, als Minister in der Regierung sitzen, die Bonzen mit den dicken Aufsichtsratsposten und die bestochenen Betriebsräte sind der dritte im Bunde.

Aber allen dreien, Kapitalisten, ihrem Staat und den Gewerkschaftsführern (auch wenn sie in Worten so tun, als verträten sie unsere Interessen, sich aber 'distanzieren' wie bei Ford und allen selbständigen Streiks) ist der Schrecken in die Glieder gefahren. "Im Herzen der westdeutschen Industrie drohte der Kollaps... Die unheilige Dreieinigkeit deutscher Macht und Herrlichkeit – Regierungsgewalt, Gewerkschaften und Unternehmer – stand ohnmächtig und hilflos vor dem Aufstand der Arbeiter." So schreibt die Kapitalistenzeitung 'Wirtschaftswoche'.

Weiter schreibt sie, Brandt machte Vetter und Loderer in der Kanzlervilla 'Vorwürfe': "Das kommt doch alles wie 1969! Was macht ihr eigentlich?"

Angesichts der Entschlossenheit, mit der die Streiks geführt wurden, hat sich der Dreibund entlarvt: Kapitalisten und DGB-Führer stützen sich einträchtig auf die Polizei, die Macht des Staates, ohne die sie in den Betrieben nicht mehr Herr der Lage wurden. Damit aber zerschlugen sie Illusionen, die sie selbst vor der Arbeiterklasse aufgebaut hatten: Das Märchen von der Sozialpartnerschaft, von der Interessenvertretung durch die DGB-Führer, vom 'sozialen Wohlfahrtsstaat' und was sie sonst noch an Wortgeklingel für die 'lieben Mitarbeiter' bereithalten.

Der Kampf geht weiter

Viele Kollegen haben im Verlauf des Streiks diese Zusammenarbeit von Kapital, Gewerkschaftsführern und Staat durchschaut. Und so manche wollten aus Wut über die verlogenen Gewerkschaftsführer spontan die Bücher hinschmeissen. Aber das ist sicher nicht die richtige Methode. Denn wir werden den Verrätern in der Gewerkschaftsführung nicht das Feld in den Gewerkschaften überlassen. Vielmehr müssen wir um jeden Kollegen in der Gewerkschaft kämpfen, um ihn vom Verrat der Gewerkschaftsführung zu überzeugen und ihn für eine revolutionäre Gewerkschaftspolitik zu gewinnen. Eine Politik, die im gewerkschaftlichen Kampf wieder die Interessen der Kollegen vertritt, die nicht darauf aus ist, mit dem Kapital an einem Tisch zu sitzen.



Wie Verbrecher werden streikende Arbeiter, die während der Demonstration festgenommen wurden, durchsucht und abgeführt.

Was not tut, ist eine Gewerkschaftsbewegung, die Seite an Seite mit der Kommunistischen Partei für die Beseitigung des Kapitalismus und für die Herrschaft der Arbeiterklasse kämpft. Wir Kommunisten werden in den Gewerkschaften uns dafür einsetzen, dass eine solche revolutionäre Opposition (RGO) aufgebaut wird – gegen den Verrat der Vetter, Loderer usw.

Obwohl die Streiks nicht im einzelnen die Durchsetzung aller Forderungen brachten, so hat aber die Arbeiterklasse wichtige Erfahrungen gemacht für weitere und tiefergehende Kämpfe. Besonders durch die Auseinandersetzung mit den Knüppeln der Staatsgewalt.

Gerade die Revisionisten, die D'K'P-Führer, haben sich hierbei als gefährlichster Feind in den eigenen Reihen erwiesen. Sie haben überall in den Betrieben versucht, die Arbeiter daran zu hindern, gegen die Polizeigewalt des Staates zu kämpfen. So gefährlich sind sie, weil sie unter dem Deckmantel der 'kommunistischen Arbeiterpartei', sich in das Vertrauen der Kollegen einschleichen, um die Arbeiter dann in ihrem Kampf zu verraten.

Die Kommunistische Partei aber, die KPD/ML, ruft die Kollegen auf, gerade auch den Kampf gegen die Staatsmacht zu führen. Es muss aus den bisherigen Kämpfen die Lehre gezogen werden. Bei den Einsätzen in Lippstadt, Neuss, bei Ford und Valvo hatte die Polizei immer die gleiche Aufgabe: vor allem die selbstbestimmten Streikleitungen aus dem Wege zu schaffen, um so den Streiks die Führung zu nehmen. Ein Streik ohne entschlossene Führung kann aber leicht zersetzt werden. Das hat sich bei Opel gezeigt, wo ohne eigene Streikleitung gestreikt wurde und das hat sich auch in Köln bei Ford erwiesen, nachdem die Streikleitung verhaftet worden war.

Bei den weiteren Streiks heisst das: Wir müssen uns von vornherein auf Polizeiüberfälle vorbereiten, damit die einheitliche Führung der Streikfront gewährleistet ist.

TROTZ POLIZEIKNÜPPEL: BRECHT DEN TARIFFRIEDEN –

JETZT ERST RECHT!

ROTER MORGEN

Herausgeber: ZK der KPD/ML

Verlag und Redaktion: G. Schubert, 43 Essen 14 Telefon: 02141/228259 Postfach 36 07, Bestellungen an Vertrieb: 87 Würzburg, Postfach 612.

Postscheckkonto Essen Nr. 464 20 - 435 (G. Schubert).

Verantwortlicher Redakteur: Ernst Aust, Hamburg. Druck: NAV GmbH, 1Berlin 36. Erscheinungsweise: Wöchentlich samstags. Einzelpreis: 50 Pfennig. Abonnement: 25,– DM für ein Jahr (52 Ausgaben). Das Abonnement ist für ein Jahr im Voraus durch Überweisung auf unser obenstehendes Konto zu zahlen. Abonnements verlängern sich automatisch, wenn sie nicht einen Monat vor Ablauf der Frist gekündigt werden. Ausgenommen davon sind Geschenkabonnements.